

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Julika Sandt

Abg. Johannes Becher

Abg. Sylvia Stierstorfer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Doris Rauscher

Abg. Jan Schiffers

Abg. Bernhard Pohl

Staatsministerin Carolina Trautner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Kita-Pleiten verhindern - Elternbeiträge zeitnah ersetzen (Drs. 18/8013)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kita-Landschaft erhalten, Eltern entlasten: Kita-Beiträge in tatsächlicher Höhe ersetzen (Drs. 18/8071)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Julika Sandt das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Kitas Mitte März geschlossen wurden, war lange Zeit völlig unklar, ob die Eltern weiterhin Beiträge zahlen müssen, obwohl sie keine Leistung bekommen, oder ob die Einnahmen für die Kitas einfach wegbrechen. Die Elternbeiträge machen in vielen Kitas rund 40 % der Einnahmen aus; das ist also kein Pappenstein.

Nach sechs Wochen wurde dann endlich eine Scheinlösung präsentiert. Es hieß, die Elternbeiträge würden durch Pauschalen ersetzt. Jetzt aber droht vielen Kitas die Pleite. Die Kita-Betreiber rufen bei uns an und sagen, dass sie nicht wissen, wie sie weiter existieren können – nicht weil sie ein schlechtes Geschäftsmodell haben, sondern die Pleite droht, weil die Staatsregierung nicht in die Ptaschen kommt. Die Pleite droht, weil die Staatsregierung das versprochene Geld zurückhält. Die Pleite droht, weil die Staatsregierung bis heute nicht sagen kann, wann sie jemals die Elternbeiträge an die Kitas ausbezahlt. So wurden den Kindertagesstätten die nötige Liquidität und die nötige Planungssicherheit entzogen. Für unsere vielfältige Trägerlandschaft bedeutet dies einen Kahlschlag.

Liebe Kollegen von den Regierungsfractionen, ich frage mich, wie Sie das zu Hause in Ihren Kommunen vermitteln wollen. Schon jetzt sind vielerorts Kita-Plätze knapp. Mit jeder Kita-Pleite steigt die Gefahr, dass die Eltern ihre Kinder zu Hause betreuen müssen. So legt die selbsternannte Familienkoalition die Axt an die Selbstbestimmung der Familien.

Die heimische Kinderbetreuung wird vermutlich wieder einmal bei den Müttern landen. Sie stecken die Frauen gern wieder in die Schürze. Das mag vielleicht Ihrem altbackenen Familienbild entsprechen. In modernen Familien ist es aber durchaus so, dass man nicht möchte, dass die Frau auf ihre Aufstiegschancen, auf ihren Job und letztlich auch auf ihre Rentenansprüche verzichtet.

Die selbsternannte Familienkoalition legt ihre Axt aber auch an die professionelle Förderung bayerischer Kinder an. Sie schwächen das Grundrecht auf frühkindliche Bildung, und Sie nehmen den Kindern ihre Zukunftschancen. Das ist inakzeptabel. Mit unserem Antrag fordern wir den sofortigen Auszahlungsstart des Beitragsersatzes für alle Träger.

Ja, manche Kitas erheben hohe Beiträge; sie machen vielleicht auch besondere Angebote und haben dadurch auch hohe laufende Kosten. Ich verstehe auch durchaus, dass der Beitragsersatz gedeckelt ist. Das sehe ich auch anders als die GRÜNEN. Sie folgen aber einem Alles-oder-nichts-Prinzip, das heißt, man kann entweder Elternbeiträge verlangen oder die Pauschalen bekommen. Es geht also nicht, dass eine private Kita sagt: Wir reduzieren und wir nehmen die Pauschale und der Elternbeitrag wird um die Pauschale reduziert. Dass sie das nicht machen können, ist meiner Meinung nach unfair gegenüber den Familien.

Ich kann auch nicht die Forderung der GRÜNEN nachvollziehen, dass die Beiträge für einige Monate auch dann erstattet werden sollen, wenn das Kind in der Notbetreuung ist. Die Notbetreuung betrifft unter anderem zum Beispiel auch uns Abgeordnete, sie betrifft Richter usw. Es gibt eigentlich keinen Grund, weshalb Eltern, die ihre Kinder in

der Notbetreuung haben, anders behandelt werden sollten als Eltern, die ihre Kinder auch sonst betreuen lassen.

Die Kinderbetreuung muss uns allen etwas wert sein. Deshalb muss jetzt auch die Staatsregierung ihr Versprechen einlösen und zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Johannes Becher. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Sandt, vielen Dank, dass Sie das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben. Das ist ein wichtiges Thema, das notwendigerweise diskutiert werden muss. Eigentlich ist es schon eine never ending Story; denn im Grunde gibt es dieses Problem aufgrund des Betretungsverbots der Kitas seit Mitte März. Wochenlang ist dann gar nichts passiert, bis der Druck der Verbände und auch der Opposition stark genug war. Andere Länder haben es längst vorgemacht. Am 20. April wurde dann an dieser Stelle vom Ministerpräsidenten klar erklärt: Wir wollen die Eltern von den Kinderbetreuungsgebühren entlasten und übernehmen die Kosten; deswegen wird Bayern einspringen, auf jeden Fall für die nächsten drei Monate. – Ich habe dann gedacht: Aha, gut – wenn etwas Gutes passiert, muss man auch loben –, jetzt ist das Thema vom Tisch, jetzt ist es geklärt. Jetzt haben wir Sicherheit für die Kitas und natürlich auch für die Eltern.

Der Teufel steckt wieder im Detail. Man hat dann nämlich gesagt, dass die Pauschalen eingeführt werden. Diese Pauschalen wurden dann für die einzelnen Einrichtungen etwas gestaffelt verkündet. Solche Pauschalen sind für viele Einrichtungen angemessen und auskömmlich; für manche ist es vielleicht sogar etwas mehr, als sie eigentlich bräuchten. Es gibt aber noch eine dritte Gruppe, für die die Beiträge höher sind, was

verschiedene Gründe haben kann, zum Beispiel längere Öffnungszeiten oder mehr Personal. Genau für diese Gruppe ist die Pauschale nicht auskömmlich.

Natürlich kann man sagen: Dann ist es eben für manche nicht auskömmlich. Was bedeutet das aber? – Das bedeutet Kurzarbeit, das bedeutet die Gefahr von Insolvenz, und das bedeutet, einen Schaden im System der frühkindlichen Bildung zu riskieren. Dies kann doch niemand wollen! Wegen Corona darf keine Kita insolvent werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Sandt, das Thema Notbetreuung habe ich deswegen in den Antrag aufgenommen, weil es dazu gleich die nächste Ausnahme gab. Es wurde gesagt: Wir übernehmen die Elternbeiträge, es sei denn, die Kinder sind in der Notbetreuung. Auf den Umfang der in Anspruch genommenen Notbetreuung in dem betreffenden Monat kommt es dabei nicht an. Das steht im letzten Newsletter. Dies bedeutet: Wenn Sie Ihr Kind im Mai einen einzigen Tag in die Notbetreuung gegeben haben, vielleicht sogar nur wenige Stunden, dann zahlt der Freistaat ab dann die Pauschale an den Träger nicht mehr, und Sie müssten eigentlich den kompletten Monatsbeitrag bezahlen, weil es nämlich nicht davon abhängt, in welchem Umfang Sie die Notbetreuung in Anspruch nehmen. Dass das im Einzelfall zu völlig schrägen Ergebnissen führt, liegt doch auf der Hand.

Ich meine daher, dass man die Notbetreuung als Kriterium herausnehmen sollte. Wenn die Notbetreuung vollumfänglich vorher gebucht wurde, wäre das in Ordnung. Dies ist aber in vielen Fällen nicht der Fall. Die Notbetreuung ist oft nur ein Bruchteil dessen, was man gebucht hat.

Der nächste Punkt betrifft die Pauschale. Ich verstehe: Pauschale klingt einfach. Das Problem ist aber, dass sie offenbar so schwierig zu programmieren ist, dass sie immer noch nicht bezahlt wird. Deshalb muss man tatsächlich fragen, ob es nicht klüger ist, spitz abzurechnen, damit jeder Träger seine Ausfälle ersetzt bekommt. Das ist ge-

recht. Ob das am Ende teurer ist, weiß ich noch nicht. Daher beantragen wir eine klare spitze Abrechnung, damit kein Träger insolvent wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ab 2. Juni, nächste Woche – neuer Monat –, kann man wieder, glaube ich, einen anderen Weg gehen, weil wir jetzt ohnehin die Kita-Notbetreuung ausgeweitet haben. Es gibt Einrichtungen, in denen schon 50 von 68 Kindern in der Notbetreuung sind. Ich glaube, ab Juni kann man das dann anders sehen. Wenn die Notbetreuung eingeschränkt ist, kann man das anteilig berechnen; dann kann jede Kita die Rechnung aufmachen, was fehlt. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Zum Antrag der FDP, den ich ein wenig als Kompromiss zwischen beiden Positionen betrachte, werden wir uns enthalten. Vielleicht kommt Ihre Lösung tatsächlich. Manchmal sind Kompromisse das, was am Ende realisiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Becher. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Abgeordnete Sylvia Stierstorfer. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, liebe Kollegin von der FDP, erkennt, welche Leistungen der Freistaat gerade jetzt in der Krise für Eltern und Kitas erbringt. Der Freistaat gewährt seit Beginn der Schließung der Kitas die Kita-Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz weiter, auch wenn die Kinder die Einrichtung nicht besuchen können.

Nur zur Orientierung, von welchen Summen wir hier sprechen: Für die Betriebskostenförderung für 2020 sind rund 1,9 Milliarden Euro vorgesehen. Der Freistaat Bayern gewährt den Beitragszuschuss in allen Kindergartenjahren weiter, auch wenn das Kind den Kindergarten nicht besuchen kann. Hierfür sind für 2020 416 Millionen Euro vor-

gesehen. Auch das Krippengeld wird weiterbezahlt, solange Elternbeiträge gezahlt werden müssen. Dies macht 105 Millionen Euro in 2020 aus. Mit all diesen Leistungen übernimmt der Freistaat Verantwortung und unterstützt Eltern, Träger und Kommunen seit Beginn der Krise. Ich meine, das ist einmalig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf bemerken, dass die Kinderbetreuung – wir haben selber einen kommunalen Kindergarten – eine kommunale Aufgabe ist. Am 28. April hat der Freistaat die Unterstützung nochmals massiv erhöht, um Eltern und Träger zu entlasten. Er leistet einen Ersatz für Elternbeiträge, wenn diese nicht erhoben werden. Die entsprechende Förderrichtlinie – das ist heute angesprochen worden – wird gerade unter Hochdruck erarbeitet. Das Sozialministerium ist dazu mit den Trägerverbänden und den Kommunen in engem Austausch. Der Beitragsersatz ist ein Angebot des Freistaats Bayern an die Träger der Kindertagesbetreuung für die Monate April, Mai und Juni. Der Freistaat Bayern kann Elternbeiträge nicht verbieten. Die Eltern und die Träger regeln die Elternbeiträge; der Freistaat ist daran nicht beteiligt. Jeder Träger kann selbst entscheiden, ob er Elternbeiträge erhebt oder den Beitragsersatz in Anspruch nimmt. Das ist der springende Punkt.

Wenn ein Träger sich entschließt, in den jeweiligen Monaten keine Elternbeiträge zu erheben, bekommt er eine Pauschale pro Kind; die Pauschalen sind von der Krippe bis zum Hort gestaffelt. Natürlich kann es sein, dass im Einzelfall – bei teuren Kitas – der Beitragsersatz einmal niedriger sein kann, was heute angesprochen worden ist, als ein voller Elternbeitrag für den gesamten Monat. Aber generell sind die Pauschalen so kalkuliert, dass sie die Wirklichkeit in ganz Bayern gut abdecken und den Trägern finanziell sehr gut weiterhelfen.

Man muss auch sehen, dass dieser Beitragsersatz mit rund 170 Millionen Euro für drei Monate zusätzlich zu den oben genannten Leistungen gewährt wird und daneben für

die Träger weitere Hilfen zur Verfügung stehen, von Soforthilfen bis zu Kurzarbeitergeld.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt bietet der Freistaat damit wirklich viel auf, um die Einrichtungen finanziell zu unterstützen und abzusichern. Und noch einmal: Kein Träger ist gezwungen, das Angebot anzunehmen. Er kann auch, soweit möglich, Elternbeiträge erheben oder mit seiner Kommune verhandeln.

Der Vorwurf, der Freistaat würde Liquidität entziehen und Planungssicherheit nehmen, ist schlichtweg falsch. Das Gegenteil ist der Fall.

Noch etwas stört mich am Antrag der FDP: Als Freistaat wollen wir, dass die Eltern entlastet werden, und dafür machen wir den Beitragsersatz. Einen Beitragsersatz zu gewähren und trotzdem sollen Eltern zusätzlich zahlen, finde ich nicht gut. Daher lehnen wir den Antrag sowie den nachgezogenen Antrag der GRÜNEN ab.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Stierstorfer. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Wir haben gleich drei Zwischenbemerkungen; die erste kommt von Frau Kollegin Rauscher, bitte.

Doris Rauscher (SPD): Frau Kollegin Stierstorfer, eine Frage: Nehmen Sie den Beitragszuschuss – so muss man es sehen; für viele ist es nur ein Zuschuss – tatsächlich in Kauf trotz staatlich angeordneter Schließung bzw. Betretungsverbot der Kindertageseinrichtungen und trotz des Wissens, dass Kommunen mit sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen und sinkenden Einkommensteuereinnahmen sowieso finanziell belastet sind und vielleicht gar nicht ohne Weiteres den Kitas mit einem Defizit ausgleich zur Seite springen können? Was ist Ihre Lösung?

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie es wirklich in Kauf? Wir sprechen hier von möglichen Schließungen oder der Abgabe von Trägerschaften von Kitas.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Frau Kollegin, ich habe ausdrücklich dargelegt, wie wir die Kommunen finanziell unterstützen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Von keinem Träger aus meinem Landkreis Regensburg ist bis jetzt an mich herangetragen worden, dass er vor dem finanziellen Aus steht. Ich kann nur sagen, dass hier die Träger und die Kommunen in der Verantwortung stehen und den Kommunen auch bewusst ist, welche Aufgabe sie hier haben. Wir unterstützen die Kommunen in hervorragender Weise.

(Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin Stierstorfer, wenn Sie keine Fälle kennen, in denen es so ist, dann ist das kein Problem. Ich kann Ihnen gleich mehrere Fälle nachliefern. Aber es wundert mich. Ich glaube nicht, dass sich die Menschen nur an Abgeordnete der Opposition gewendet haben, sondern dass diese Fälle sehr wohl allen, die sich mit der Thematik näher beschäftigen, gut bekannt sind. Es gibt einfach Fallkonstellationen, in denen die Auslastung der Kitas gegeben ist, mit langen Öffnungszeiten, die Kitas Buchungen für den ganzen Tag haben, mit etwas mehr Personal, aber keinen Defizitausgleich von der Kommune bekommen, weil es sich die Kommune nicht leisten kann oder leisten möchte, wie auch immer.

Was sagen Sie denn diesen Trägern, die jetzt von Insolvenz bedroht sind? Wenn Sie denen diese Rede halten und sagen: "Ja, wir machen doch schon so viel", was ja stimmt, aber sie trotzdem von Insolvenz bedroht sind, dann reicht das offenbar nicht.

Also: Was ist die Antwort, die Sie diesen Trägern geben? Wo ist die konkrete Lösung, außer dass man sagt: "Ja, soll halt die Kommune zahlen"? – Das wäre eine billige Lösung.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Lieber Herr Kollege Becher, wenn Sie aufmerksam zugehört hätten, hätten Sie bemerkt, dass ich genau ausgeführt habe, welche Leistungen wir gewähren. Ich möchte hier nur noch einmal die Betriebskostenförderung in Höhe von 1,9 Milliarden Euro für das Jahr 2020 ansprechen, die ja bleibt.

Wir unterstützen die Kommunen wirklich und schauen genau hin. Die Pandemie haben wir uns alle nicht ausgesucht. Dass wir in Bayern vor großen Herausforderungen stehen, ist uns klar. Wir hatten vorhin die Diskussion zum Schulbereich, und wir haben das Problem jetzt wieder. Wir versuchen wirklich mit allen Mitteln, mit den Beteiligten zu sprechen, Lösungen anzubieten und Wege aufzuzeigen. Ich denke, dass wir in Bayern damit bisher gut gefahren sind und wir auch in den nächsten Monaten gemeinsam mit den verantwortlichen Trägern gute und brauchbare Lösungen finden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sie haben jetzt viel darüber gesprochen, was Sie sonst noch alles machen, aber nichts zu diesem angekündigten Beitragsersatz gesagt. Können Sie irgendeinen Zeitpunkt nennen, wann die Kitas das Geld bekommen? Wäre es nicht die Aufgabe der Regierungskoalition oder Ihre Aufgabe als Parlamentarierin einer Regierungsfraktion, das von der Regierung einzufordern, damit wir wissen, ob die Kitas dieses Geld, das ihnen angekündigt wurde, jemals bekommen werden?

Bei vielen Kitas sind es ungefähr 40 % der Beiträge, die wegbrechen. Dass Sie die anderen 60 % weiterzahlen, haben wir jetzt gehört. Aber wann kommt dieser Ersatz für die wegbrechenden Elternbeiträge?

Sylvia Stierstorfer (CSU): Frau Kollegin Sandt, wir hatten das Thema schon bei uns im Ausschuss. Ich wiederhole es: Die entsprechende Förderrichtlinie wird gerade mit Hochdruck erarbeitet. Das Ministerium ist im Austausch mit den Verbänden und den Kommunen. Wenn das erfolgt ist, dann erfolgt auch die Auszahlung.

Natürlich liegt es in unserer Verantwortung – und das wollen wir auch –, dass diese Auszahlung so bald wie möglich erfolgt. Das ist ganz in unserem Sinne. Dafür setzen wir uns alle gemeinsam ein.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Stierstorfer. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Jan Schiffers.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion "Kita-Pleiten verhindern – Elternbeiträge zeitnah ersetzen" spricht ein drängendes und akutes Problem an, das einer Lösung zugeführt werden muss.

Die Kitas und deren Träger dürfen nicht durch die zum jetzigen Zeitpunkt vollkommen überzogenen Maßnahmen der Staatsregierung in den Ruin getrieben werden. Deshalb ist hier Unterstützung notwendig.

Im Laufe des heutigen Tages, insbesondere im Rahmen der Aktuellen Stunde, haben wir von Vertretern der Staatsregierung im Zusammenhang mit den Maßnahmen sehr oft das Wort "Augenmaß" gehört. Es wurde immer wieder betont, dass die Abwägung von Maßnahmen sorgfältig erfolgt sei und Einschränkungen mit Augenmaß vorgenommen worden seien. Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich im Bereich der Kindertagesstätten und auch der Schulen kein Augenmaß mehr erkennen. Ich halte im Einklang mit meiner Fraktion den Großteil der Maßnahmen für unverhältnismäßig und überzogen.

(Beifall bei der AfD)

Wie im Antrag der FDP-Fraktion zutreffend ausgeführt wird, benötigen die Einrichtungen Planungssicherheit. Das gilt vor allem für die Leitung und die Mitarbeiter der Einrichtungen, aber auch für die betroffenen Eltern der Kinder. Auch dort herrscht viel Unmut, Unzufriedenheit und Unklarheit.

Das Thema der Pauschalen wird im Dringlichkeitsantrag richtigerweise auch angesprochen. Auch hierfür ist insgesamt momentan keine sachgerechte Lösung vorhanden. Hier brauchen wir einfach eine Nachbesserung. Aus den genannten Gründen werden wir dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion zustimmen.

Angemerkt sei in diesem Zusammenhang noch, dass die AfD-Fraktion bereits Ende April einen Antrag auf stufenweise Öffnung der Kindertagesstätten gestellt hat. Danach wäre jetzt ab 01.06.2020 ein regulärer Betrieb möglich. Wäre dem so, wären die jetzt aufgelaufenen Probleme, die viele Einrichtungen bedrohen und in finanzielle Nöte bringen, nicht in dieser Form vorhanden. Denn der beste Schutz gegen Insolvenzen ist das Hochfahren der Betriebe und die Rückkehr zur Normalität. Das würde den Betrieben helfen, das würde Arbeitsplätze sichern. Es würde aber nebenbei auch der Förderung des Kindeswohls dienen. Eine Rückkehr zur sozialen Normalität – damit wäre uns am meisten geholfen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Schiffers. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die beiden Dringlichkeitsanträge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen. Warum? – Ich meine schon, dass wir uns an Kompetenzen und Zuständigkeiten halten sollten. Dieser Bereich ist schwerpunktmäßig auf der kommunalen Ebene angesiedelt. Dennoch leistet der Freistaat Bayern hier Hilfe und unterstützt die Kommunen und die Träger, obwohl auch der Freistaat Bayern wie wir alle von dieser Pandemie betroffen ist.

Ich muss jetzt schon mal sagen: Wir hören vonseiten der Opposition auf der einen Seite immer Kritik wie "Da habt ihr schon wieder einen Nachtragshaushalt mit 10 Milliarden Euro beschlossen". Auf der anderen Seite hören wir aber nur Forderungen, noch mehr Geld zu geben. Das ist zumindest ein Stück weit inkonsequent.

Wir haben Leistungen mit einem Volumen von 200 Millionen Euro für den pauschalen Beitragsersatz eingeplant. Diese sollen spätestens Mitte August ausbezahlt werden. Das ist also ein Zahlungstermin auf Sicht. Es ist keineswegs so, dass irgendjemand Insolvenz anmelden müsste, wenn ihm die Kommune die Unterstützung versagt. Wir wollen den pauschalen Beitragsersatz für die Monate April bis Juni bezahlen. Wir haben die Betriebskostenzuschüsse weiterbezahlt, und zwar Mitte Mai für das zweite Quartal. Das sind die Betriebskostenzuschüsse für die Monate April, Mai und Juni. Auch da müssten und müssen die Träger die notwendige Liquidität besitzen.

Wir werden aus diesen Gründen beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin Trautner, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Kita-Kind in Bayern lernt von klein auf einen wichtigen Grundsatz: Was man verspricht, das muss man auch halten. Wenn ich es vielleicht nicht ganz halten kann, dann verspreche ich es doch lieber nicht. – Dieser Grundsatz gilt eigentlich auch für die Staatsregierung. Beim Thema Kita-Gebühreneratz gilt aktuell aber wohl: Das Versprechen des Ministerpräsidenten war offenbar eher ein Versprecher. Statt der versprochenen Übernahme der Elterngebühren plant die Staatsregierung mit Pauschalen basierend auf Erfahrungswerten. Wenn es nicht Kaffeesatzleserei war, frage ich mich schon, auf welche Erfahrungen und welche Gebührentabellen Sie da zurückgreifen. Die Pauschalen reichen gerade in den Ballungsräumen meist hinten und vorne nicht, und ich rede hier nicht von Luxuseinrichtungen, sondern von ganz normalen Einrichtungen, auch von Wohlfahrtsverbänden.

Aus dem versprochenen fairen Signal an die Eltern wurde eine teils katastrophale Lage für die Kitas. Die Politik der Staatsregierung führt dazu, dass womöglich 20 bis 25 % der kleinen und freien Träger aus unserer sehr bunten Trägerlandschaft vor dem

finanziellen Aus stehen könnten. Wenn sich eine Kita gegen den Beitragsersatz des Freistaats entscheiden muss, weil es den finanziellen Untergang bedeuten würde, bekommen Eltern keine Gebührenermäßigung, keine Refinanzierung der Elterngebühren.

Ihre Politik sorgt leider für Chaos an den bayerischen Kita-Türen. Auch nach einem Monat weiß keine Kita, welche Erstattung wie und wann kommt. Das Sozialministerium suggeriert den Eltern bei Nachfrage gleichzeitig aber, dass sie längst keine Elterngebühren mehr zahlen müssen. Das Zentrum Bayern Familie und Soziales fragt sogar schon bei den Eltern nach, ob sie noch Beiträge zahlen oder das Krippengeld gestrichen werden kann. Wie soll es denn für die Kita-Träger funktionieren, keine Elterngebühren mehr, aber auch noch keinen Beitragsersatz zu erhalten?

Wir als SPD sind der Überzeugung: Wenn die Kita aufgrund staatlicher Anordnung schließt, dann zahlt der Staat auch die Elterngebühren, und zwar für die komplette Zeit und so, dass es wirklich wie versprochen ein Einspringen bei den Elternbeiträgen ist und nicht eine halbgare Nummer, die verkündet wird, bevor sie überhaupt ausgereift ist.

Der Vorschlag der FDP-Fraktion ist für die Kitas sicher besser als nichts. Dennoch werden wir uns als SPD enthalten; denn unsere Forderung in dem Antrag, der anschließend noch beraten wird, geht darüber hinaus. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag, der später beraten wird.

Ich sage: Stehen Sie doch einfach zu dem Wort des Ministerpräsidenten, das er sehr vollmundig und freudig verkündet hatte! Stehen Sie zu Ihrer Ankündigung! Ansonsten bleibt vom Versprechen tatsächlich nur ein Versprecher übrig.

Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Carolina Trautner das Wort.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dringlichkeitsanträge der FDP und der GRÜNEN sind abzulehnen. Wir brauchen sie nicht, um die Elternbeiträge zeitnah zu ersetzen. Das ist beschlossen, versprochen und wird auch so kommen.

Liebe Kollegen, ich weiß nicht, warum wir heute so unterwegs sind mit einer Sprachwahl, die mir ein bisschen die Zornesröte ins Gesicht treibt. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Sie sprechen hier von "Kahlschlag", von einer "halbgaren Nummer". Es wird uns unterstellt, wir würden Versprechen nicht halten, wir würden den Kitas die Liquidität entziehen, sie in ihrer Existenz gefährden, es drohe die Pleite. – Ganz im Gegenteil: Wir unterstützen die Kitas in diesen schweren Zeiten bestmöglich.

Unsere bayerischen Kindertageseinrichtungen sowie unsere Tagesmütter und Tagesväter leisten in dieser Zeit eine ganz herausragende Arbeit. Das zeigt sich ganz deutlich bei der Notbetreuung. Konkret bedeutet das: Trotz des eingeschränkten Betriebs zahlen wir die Betriebskostenförderung ganz unbürokratisch weiter, und zwar in voller Höhe. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, darauf haben auch Sie hingewiesen. Wir haben bereits Mitte Mai die Abschlagszahlungen geleistet; das wurde heute schon gesagt. Damit haben die Träger bereits jetzt die Förderung für das gesamte zweite Quartal erhalten. Wir finanzieren also den Kitas den Juni vor. Damit ist auch Liquidität gegeben.

Zum Beitragsersatz: Wir haben ein abgestimmtes Konzept. Natürlich unterstützen wir zusätzlich bei den Elternbeiträgen noch mit unserem Beitragsersatz. Dabei möchte ich betonen: Wir entlasten die Eltern *und* die Träger. Ohne den Beitragsersatz müssten die Träger nämlich in vielen Fällen den vollständigen Ausfall der Elterngebühren tragen. Dass die Elternbeiträge entfallen, ist keine Folge des Beitragsersatzes, sondern das ist einfach Schuldrecht. Deshalb haben wir gesagt: Wir springen ein.

Ich kann daher überhaupt nicht nachvollziehen, inwiefern wir die Kitas mit der Leistung zusätzlicher Mittel in Liquiditätsengpässe bringen sollten. Im Übrigen haben wir unser Konzept selbstverständlich mit den Trägerverbänden besprochen. Wir reden doch mit den Trägern, und sie haben es einhellig begrüßt. Alle großen Träger, auch die privaten, sind in dieser Schaltkonferenz informiert worden. Sie haben das einhellig begrüßt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das gilt übrigens auch für die nach Meinung der Trägerverbände insgesamt sehr attraktive Höhe der Pauschale.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie fordern, dass die Kitas trotz Beitragersatz weiterhin in reduziertem Umfang Beiträge von den Eltern erheben dürfen. Genau das wollen wir eben nicht. Wir wollen die Eltern entlasten; denn wie sollen wir ihnen denn vermitteln, dass wir den Trägern weiterhin die volle Betriebskostenförderung zahlen und ihnen die Elternbeiträge pauschaliert ersetzen, die im Einzelfall verbleibenden Kosten aber trotzdem die Eltern bezahlen sollen?

Die GRÜNEN gehen noch viel weiter: Sie fordern den Ersatz in der tatsächlichen Höhe. Darf ich Sie so zitieren, dass Sie das auch in jedem Fall fordern? Soll da wirklich eine private Kita mit bilinguaalem Angebot oder mit einem Yoga-Angebot, die bei einer hohen Buchungszeit bis zu 1.000 Euro Elternbeitrag verlangt, inkludiert sein? Darf ich Sie so zitieren, dass Sie das begrüßen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie fordern weiter, wir sollten die Elternbeiträge auch in den Fällen ersetzen, in denen die Eltern ihre Kinder tatsächlich in die Kita bringen. Diese Eltern bekommen doch ihre Betreuungsleistung. Jetzt sagen Sie: In dem Fall, wo es nur um eine Stunde oder um zwei Tage geht, wäre das ganz schrecklich ungerecht. Aber die, die einen vollen Ersatz bekommen haben, für die wäre es schon nachvollziehbar. So haben Sie das vorher gesagt. Wo ist denn da die Grenze? Das wüsste ich schon gern von Ihnen. Wie soll es denn da gerecht werden? Wo eine Leistung in Anspruch genommen wird, ist ein staatlicher Ausgleich nicht nötig.

Private Träger können außerdem Soforthilfen beantragen. Ich denke, das wissen auch Sie. Wir als Freistaat nehmen eine ganze Menge Geld in die Hand. Das ist nicht wenig. Die Summen wurden genannt: Das sind 207 Millionen Euro, wenn wir die Krip-pengeldpauschale noch hinzurechnen. Ich finde, wir müssen in dieser Krise alle zu-sammen einen gewissen Beitrag leisten. Wir können diese Krise nur gemeinschaftlich stemmen.

Jetzt noch zum Zeitpunkt der Auszahlung: Wir müssen uns schon darüber klar sein, dass wir von einer dreistelligen Millionensumme an Steuergeldern reden. Wir wollen und wir werden diese Summe unbürokratisch auszahlen. Aber, meine Damen und Herren, gewisse Abstimmungen sind da schon noch notwendig. Diese Abstimmungen laufen auf Hochtouren.

Liebe Frau Sandt, es läuft nicht so, dass ich beim Finanzminister anrufe und sage: Schieb' mir mal 200 Millionen rüber, dann kann ich es einfach so mit beiden Händen verteilen. Nein, das geht seinen geregelten Weg. Ich muss eine Richtlinie erstellen, die dann mit dem Finanzministerium und dem ORH abgestimmt werden muss. Danach gilt es, eine Programmierung für das KiBiG.web vorzunehmen, damit wir die Beträge mög-lichst unbürokratisch auszahlen können. Sollte in Ihren Reihen ein Experte sitzen, der mir das in zwei Tagen programmiert, wäre das wunderbar.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Geld wird schnell und reibungslos fließen. Das ist versprochen, und Verspre-chen werden auch gehalten, liebe Frau Kollegin Rauscher.

Wir planen, schon im Juni dieses Antragsverfahren online zu stellen. Herr Kollege Pohl hat einen Sonderabschlag für spätestens Mitte August in Aussicht gestellt. Ich hoffe, dass wir da weit früher dran sein werden. Früher ist immer besser. Vielleicht ge-lingt es uns schon im Juni. Ich würde das sehr begrüßen. Wir sichern die Liquidität der Träger, bei denen es jetzt in finanzieller Hinsicht etwas fehlt. Niemand muss sich Sor-gen machen: Das Geld wird fließen.

Eines dürfen wir nicht vergessen: Die Zuständigkeit für ein ausreichendes Betreuungsangebot liegt bei den Kommunen. Das haben Frau Kollegin Stierstorfer und Herr Kollege Pohl schon erwähnt. Bei Deckungslücken sind somit die Kommunen der erste Ansprechpartner für die Träger. Von unserem Beitragsersatz profitieren übrigens auch die Kommunen. Ein Drittel der Kitas befindet sich in kommunaler Hand. Wir schaffen auch hier einen finanziellen Spielraum.

Aus den genannten Gründen sind die Dringlichkeitsanträge der FDP und der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es liegt eine Intervention von Herrn Kollegen Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. – Bitte sehr.

Johannes Becher (GRÜNE): Frau Staatsministerin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, habe ich nicht alles in Bausch und Bogen verurteilt, sondern habe versucht, differenziert darzustellen, wo die Staatsregierung etwas Positives tut. Im Gegensatz zu Frau Kollegin Stierstorfer gehe ich aber davon aus, dass dem Sozialministerium diese Fälle bekannt sind. Dabei geht es überhaupt nicht um Luxus-Kitas, sondern um kleine freie Träger, die keine Defizitvereinbarung haben und denen von ihrer Kommune gesagt wurde: Wir werden keine Einmalzahlung gewähren. – Die Pauschalen des Ministeriums reichen nicht. Deshalb sind diese Träger in einer ernststen Situation.

Welche Möglichkeiten haben diese Träger? Wir können sie in dieser Situation doch nicht allein lassen. Wir müssen irgendwie eine Lösung finden, damit auf keinen Fall eine Kita in die Insolvenz geht. Darüber sind wir uns doch einig?

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Wir wollen sicherlich die Trägervielfalt bestmöglich erhalten. Darüber sind wir uns einig. Ich habe schon

auf viele verschiedene Möglichkeiten hingewiesen: Die staatliche Förderung läuft weiter; an die Träger wurde ein Angebot gerichtet, die Kosten pauschal aufzufangen; private Träger können die Soforthilfe in Anspruch nehmen. Ich denke, es ist auch im Interesse der Kommunen, die Träger zu unterstützen, weil auch die Kommunen von der Trägervielfalt vor Ort profitieren. Sollte ein privater Träger ausfallen, müsste die Kommune die Betreuung sofort übernehmen. Insofern gibt es hier einen ganzen Strauß von Möglichkeiten, der in Anspruch genommen werden kann. Ich glaube daher, dass wir einen ganz, ganz großen Anteil der Kitas gut über diese Krise bringen. Das liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/8013 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8071 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.